

Platz abbeck

Nr. 4, 17. Juli 2023

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Köln

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,

Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de

www.linksfraktion-koeln.de

Grüne und CDU verhindern Planungssicherheit für den Großmarkt

In der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause verhinderten die Fraktionen der Grünen und der CDU am 15.6.23 mit ihrer Ratsmehrheit einen Antrag der Fraktionen der SPD, der LINKEN, der FDP plus Thor Zimmermann, dem Großmarkt bis 2028 Planungssicherheit zu geben.

Laut einem Ratsbeschluss vom Mai 2021 war vorgesehen, dass der Großmarkt spätestens Ende 2025 vom jetzigen Standort von Raderberg nach Marsdorf ziehen sollte. Leider wird sich der Neubau des neuen Frischemarktes durch Schikanie des Ratsbündnisses und des dilettantischen Verhaltens der Verwaltung wohl erneut verschieben. Aktuell steht sogar der Großmarkt als Ganzes auf dem Spiel.

Um Ihren Forderungen zur Verlängerung der Mietverträge, der Instandhaltung und Aufrechterhaltung des Betriebes des aktuellen Großmarktes und der Beibehaltung der ursprünglichen Baupläne für den Frischemarkt Nachdruck zu verleihen, führten vor der Ratssitzung die IG Großmarkt und viele Unterstützer*innen eine Kundgebung am Alter Markt durch (siehe nebenstehendes Bild). Dabei hatten die Marktleute mit einem improvisierten Marktstand am Alter Markt und ca. 80-100 Leuten gegen die Perspektivlosigkeit ihrer Situation protestiert. Auch einige Ratsmitglieder der Fraktionen CDU, SPD, LINKE und FDP mit Ausnahme der Grünen haben die Gelegenheit genutzt, ihre Positionen gegenüber den Marktleuten in ihren Reden zu erläutern. Auch unser RM Jörg Detjen und ich konnten zu den

Keine städtischen Geschäfte mit Firmensitz in Steueroasen

Die Kölner Ratsfraktion der LINKEN hatte mehrfach in den letzten Monaten das Thema „Geschäfte mit Unternehmen, die ihren Firmensitz in Steueroasen haben“, sehr kritisch hinterfragt. Der WDR hatte in „die story“ darüber berichtet, dass die Stadt Köln im Rahmen des Bühnen-Interim (Sanierung der Bühnen) sowohl beim Depot als auch dem Staatenhaus als Ausweichspielstätten solche Verträge eingegangen waren. Wir berichteten mehrfach in dieser Zeitung.

Die Verwaltung machte in den letzten Wochen deutlich, dass sie diese Verträge verlängern will. Die Ratsfraktion kritisierte, dass diese

Problematik in der aktuellen Bühnenvorlage für eine weitere Anmietung des Depots noch nicht einmal thematisiert wird.

Auch deshalb brachte die Ratsfraktion in die letzte Ratssitzung einen eigenen Antrag dazu ein, der eine solche Praxis in Frage stellte.

In Sachen Transparenz liegen wir weit hinter der Auseinandersetzung um den Esch-Oppenheim-Fonds. Damals kannten wir die Besitzer der Fondsanteile, bekannte deutsche Kapitalistenfamilien. Sie wurden auch im Rat genannt. Bei der jetzigen Fondsgesellschaft, die hinter dem Depot steht, kennen wir nur den nichtssagenden Namen BEOS Cor- →



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ Marktleuten sprechen und haben unsere Solidarität mit ihnen auch dort noch einmal betont.

Umso erstaunlicher war es, dass nur wenig später die Fraktionen der Grünen und der CDU kurzfristig einen Änderungsantrag zu dem ursprünglichen Antrag der o.g. anderen Fraktionen in den Rat einbrachten, der besagte, dass es keine Verlängerung des Betriebes am aktuellen Standort des Großmarktes geben wird. Nun möchte man in die Trickkiste greifen und die Standortfrage komplett neu aufmachen. Man will entweder nach neuen Standorten suchen oder den Großmarkt vorübergehend irgendwo "zwischenparken", bis dann irgendwann der Frischemarkt am vorgesehenen Ort in Marsdorf oder anderswo gebaut wird. Diesen Änderungsantrag kann man vor dem Hintergrund der bisherigen Zusagen, der Ratsbeschlüsse und der Gespräche im Wirtschaftsausschuss und mit den Vertretern des Großmarktes nur noch als eine Farce und einen Schlag ins Gesicht dieser zumeist migrantischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer*innen bezeichnen.

Aber dies war nicht der erste Schritt zur Beerdigung des Großmarktes. Diesen hatte das Ratsbündnis bereits im Dezember 2021 getan, indem sie durch einen Kuhhandel zwischen der CDU und den

Grünen mit Ihrer Ratsmehrheit durchdrückten, dass die in Marsdorf ursprünglich nur für den Frischemarkt vorgesehene Fläche von ca. 25,4 ha durch eine Änderung des Flächennutzungsplans zum größten Teil dem FC Köln für sein Nachwuchsförderzentrum angeboten wurde. Es sollte erstens verhindert werden, dass der FC dieses im Grüngürtel baut und zweitens der Bau und Betrieb eines modernen, nachhaltigen Frischezentrums, das diesen Namen auch verdient, erschwert, wenn nicht sogar verhindert werden.

Denn auf nichts anderes deuten sämtliche Beschlüsse und Anstrengungen des Ratsbündnisses hin, die dazu führen, dass die Marktleute nicht die ausreichende benötigte Fläche bekommen. Aufgrund der Perspektivlosigkeit und Planungsunsicherheit können sie weder am aktuellen Standort investieren, noch wissen, ob sie an einem neuen Standort überhaupt Fläche bekommen, und ob sie sich diese auch leisten können. Aber auch die Verwaltung konnte nach den neuen Vorgaben, dass der Frischemarkt nur noch auf einer Fläche von ca. 10,4 ha insgesamt gebaut werden darf, nach einer europaweiten Ausschreibung eines Markterkundungsverfahrens keine Investoren finden, die be-

reit sind auf dieser für sie nunmehr unrentablen Fläche einen Frischemarkt zu bauen und zu betreiben.

Insgesamt steht also nicht nur in Frage, ob es nach 2025 noch einen Großmarkt / Frischemarkt in Köln geben wird, sondern auch, ob er noch als eine Einrichtung der Daseinsvorsorge von der Stadt Köln betrieben wird. Auch hier hat die Ratsmehrheit und die Verwaltung mit unqualifizierten und leider auch juristisch ungeprüften Aussagen inzwischen viele Bürger und Ratsmitglieder davon überzeugt, dass der Bau und Betrieb eines neuen Frischemarktes als Beihilfe eingestuft und deshalb von der EU verhindert werden könnte. Das Gegenteil ist aber der Fall. Erst kürzlich hat die EU die Richtlinie „Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU – EU(2022/2183(INI))“ verabschiedet, in der sie die Bedeutung der Großmärkte für die regionale Ernährungs- und Versorgungssicherheit feststellt. Aber auch dies, so ist zu befürchten, interessiert das Ratsbündnis nicht. Seine Klientelpolitik ist ihm wichtiger als die Existenz von über 150 Unternehmen, die Steuern zahlen und ca. 2.000 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Vedat Akter

→ porate Real Estate Fund Germany II. Und bekannt ist, dass diese Gesellschaft insgesamt vier Fonds betreibt. Wer sind die Eigentümer dieser Fonds? Irgendwelche Autokraten?

Darüber wollten die anderen Ratsfraktionen nicht diskutieren und vertagten den Antrag in den Rechnungsprüfungsausschuss. Der wird sich Anfang September damit befassen.

Spannend ist, dass der Landtag NRW wenige Tage nach der Ratssitzung einen Antrag von CDU und Grünen verabschiedete: „Nordrhein-Westfalen im Kampf gegen Geldwäsche stärken“. Die Landesregierung will eine Landesbehörde „zur Bekämpfung großer Fälle von Steuerkriminalität sowie zur Mitwirkung bei der Geldwäschebekämpfung“ gründen.

Für unseren Kölner Fall ist interessant, dass der Beschluss besagt „Unternehmen, bei denen wirtschaft-

liche Eigentümerinnen und Eigentümer nicht ermittelt werden können, von der Vergabe öffentlicher Aufträge auszuschließen.“ (1).

Der Beschluss sieht in einem weiteren Punkt die generelle „Risikoprüfung“ von Eigentümerstrukturen vor.

Die Kölner Ratsfraktion sollte am Thema dranbleiben. Sie kann sich auch auf eine kritische öffentliche Diskussion stützen. Die Medien berichteten ausführlich. Mein Schlusssatz in der Rede gilt nach wie vor: „Lassen wir uns nicht reinlegen, von Unternehmen, die Steuern hinterziehen wollen.“

Jörg Detjen

Quellenhinweis:

1 Landtag Intern Nr. 4/2023, 20. Juni, siehe auch nebenstehenden Ausschnitt und Landtagsdrucksache NRW 18/4562

Geldwäsche

15.6.2023 – Die Landesregierung solle den Kampf gegen Geldwäsche weiter intensivieren. Dies fordern die Fraktionen von CDU und Grünen (18/4562). Nordrhein-Westfalen habe sich als „Vorreiter im Kampf gegen Steuerkriminalität und Geldwäsche positioniert“. Ein wichtiger Schritt sei die Gründung einer „ressortübergreifenden Task Force zur Bekämpfung von Finanzierungsquellen Organisierter Kriminalität und Terrorismus“ gewesen. Einen weiteren Schritt gehe die Landesregierung nun mit der Gründung einer Landesbehörde zur Bekämpfung großer Fälle von Steuerkriminalität sowie zur Mitwirkung bei der Geldwäschebekämpfung. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. FDP und AfD stimmten dagegen, die SPD enthielt sich.

Aus den Bezirken

Mülheim

Weitere Trinkwasserstellen wünschenswert

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim wurde von der Fraktion DIE LINKE ein Antrag für das Aufstellen einer weiteren Trinkwasserstelle im nördlichen Teil des Mülheimer Stadtgartens eingebracht und mehrheitlich beschlossen. Warum dies nicht einstimmig geschah, ist nicht nach zu vollziehen. Denn die letzten Sommer haben gezeigt, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auch in Köln spürbar sind.

Nicht von ungefähr hat die Stadt einen Hitzeaktionsplan vor allem für ältere Menschen erarbeitet, denn lange anhaltende Hitzeperioden heizen manche Stadtquartiere zunehmend auf. Kinder, Kranke, Menschen im Alter und Menschen mit Behinderung reagieren besonders anfällig auf solche Belastungen durch Hitze.

Wie aus Erfahrungsberichten von Mitgliedern der Bezirksvertretung zu erfahren war, nutzen die Schüler*innen der Schulen im Umkreis schon die Trinkwasserstelle im südlichen eher etwas abgelegenen Teil des Mülheimer Stadtgartens. Der nördliche Teil wird wesentlich stärker von Besucher*innen frequentiert. Hier gibt es Tischtennisplatten, einen Boule-Platz und einen Spielplatz.

Kinder und Jugendliche, aber auch ältere Menschen, die sich einen Platz auf den Parkbänken suchen, werden eine weitere Trinkwasserstelle zu schätzen wissen. Nach körperlicher Betätigung, aber auch zur erforderlichen Flüssigkeitszufuhr an heißen Tagen erhöhen Trinkwasserstellen laut Homepage der Stadtverwaltung die Aufenthaltsqualität an den Standorten und bereichern das Stadtbild. Weiter ist zu lesen, dass Trinkwasserstellen die Bedeutung des wichtigen und vor allem nachhaltigen Lebensmittels Trinkwasser mehr in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger rücken und einen Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten. „Auch vor dem Hintergrund der Klimaanpassung verbessern Trinkbrunnen die Stadträume. Aufgrund des sehr guten Kölner Wassers, das aus rein natürlichen Quellen stammt, sind die Anlagen be-

wusst als „Dauerläufer“ mit einem feinen Wasserstrahl konstruiert. So bleibt das Wasser stets frisch, kühl und vor allem einwandfrei.“ Sicherlich werden im Laufe der Zeit noch weitere Örtlichkeiten identifiziert, denen eine Trinkwasserstelle „gut zu Gesicht steht“.

Beate Hane-Knoll, Nijat Bakis

Kalk

Vussball-Inklusion beim FC Viktoria

Die FVM-Liga inklusiv gehört bereits seit 2018 fest zum Spielbetrieb im FVM. (FVM heißt Fußball-Verband Mittelrhein e. V.) Das Besondere an der FVM-Liga inklusiv ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Fußball spielen können.

Der Drittligist FC Viktoria Köln hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung im Fußball zu fördern. Deshalb wurden auch je eine U 17- und eine Ü 17-Inklusionsmannschaft in den Verein integriert und nehmen für Viktoria Köln seit Februar 2023 an der „FVM-Liga inklusiv“ teil. Tatsächlich holte das Ü 17 Team auch direkt die Bezirksliga-Meisterschaft. Mit 29 Siegen in 30 Spielen (1 Remis) hat sich das Team mehr als verdient die Krone aufgesetzt. Leider gab es vom FVM hierzu keinen Pokal, sodass die Meisterschaft ohne einen physischen Titel in der Hand gefeiert werden musste.

„Die Inklusionsmannschaften sind uns ein besonderes Anliegen, mit dem wir unterstreichen wollen, dass wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden möchten“, erklärte Norbert Bruhn, Geschäftsführer der Viktoria in diesem Zusammenhang und verwies ebenfalls auf die Gemeinwohlklausel in den Viktoria-Verträgen. „Wir wollen nicht nur über Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung reden, sondern dies auch leben, wo immer wir können.“ Es ist wichtig, dass Inklusion vorangetrieben wird und alle ihre Plattform erhalten, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben genießen zu können.

Denis Kirchdörfer ist der Leiter des achtköpfigen Trainer- und Betreuerenteams der Inklusionsmann-

schaften U17 und Ü17, die bei der Viktoria mit offenen Armen empfangen wurden und damit auch so etwas, wie das Familien-Oberhaupt, denn er ist Ansprechpartner in allen Lebensbereichen, nicht nur beim Fußball, sondern auch, wenn zum Beispiel abends die Mutter eines Spielers ins Krankenhaus muss.

Für diese Saison meldet die Viktoria auch zum ersten Mal eine Frauen-Mannschaft für den Liga-Betrieb an. Das Frauenteam wird seine Spiele voraussichtlich am Günter-Kuxdorf-Weg auf Kunstrasenplatz 1 austragen.

HP Fischer

Sozialticket in Hessen

In Hessen gibt es für Besitzer des „Hessenpass mobil“ ein vergünstigtes Sozialticket. Das Bundesland zahlt die Differenz von 18 Euro auf das Deutschlandticket, so dass die Hessenpass-Berechtigten das Deutschlandticket künftig für 31 Euro im Monat nutzen können. Der Kreis der Berechtigten ist allerdings kleiner als beim Köln-Pass. Während den Köln-Pass auch Menschen beantragen können, deren Einkommen bis zu 30 % über dem Hartz-IV Satz liegt, bekommen den Hessenpass nur Menschen, die Sozial- oder Bürgergeld oder Asylbewerberleistungen bekommen, aber auch Wohngeldempfänger. In Nordrhein-Westfalen scheint die schwarz-grüne Landesregierung aber nicht über einen vergleichbaren Zuschuss nachzudenken, der günstige Mobilität für Menschen mit wenig Geld erlaubt. Das wäre in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen nötig. Hier darf sich das Land nicht aus seiner Verantwortung stellen.

Allein Schüler*innen sollen ein Ticket für 29 Euro erwerben können, das nach den Sommerferien gültig ist. Die Kölner Stadtverwaltung hat allerdings eingeräumt, dass Kölner Schüler*innen ihr 29-Euro-Ticket aufgrund der angespannten Personalsituation in der Verwaltung erst zum 1.1.2024 erhalten und nutzen können. Auch hier wäre es hilfreich gewesen, wenn der Landeserlass nicht erst auf den letzten Drücker gekommen wäre.

Güldane Tokyürek

Aus den Ausschüssen



Jörg Kobel, kulturpolitischer Sprecher, mit der Originalausgabe des Manifest der Kommunistischen Partei.

Kunst und Kultur

Marx in der Stadtbibliothek

Am 6.6. war nicht nur die Sitzung des Kulturausschuss, sondern mittags auch ein sehr schöner Termin in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln.

Viele kennen das auffällige Gebäude an der inneren Kanalstrasse. Der Bau, eröffnet 1966, mein Jahrgang, zeichnet sich durch eine fensterlose Betonwabenverkleidung aus, ähnlich der der Hortenkaufhäuser früher.

Mit dabei auf Einladung des Direktors Dr. Hubertus Neuhausen war Projektleiterin Dr. Christiane Hoffrath und unser Mann in Berlin, Matthias W. Birkwald. Nachdem ein Kuratorium wichtige Arbeit zur Rettung der integrierten Franz-Wallraf-Bibliothek geleistet hat, ging es nun um die historische Sammlung des Hauses selber. Man warb um Unterstützung der Politik.

Wir bekamen wichtige Exponate zu sehen und durften sogar einen alten Ledereinband streicheln. Entgegen landläufiger Meinung freuen sich alte Bücher auf den Kontakt mit

(ähnlicher) menschlicher Haut, und so fühlten wir uns ohne Handschuhe haptisch ein ins geistige Erbe der Stadt.

Mit dabei ein Meilenstein: Eine Originalausgabe vom „Manifest der kommunistischen Partei“ von 1848 in gebrauchtem Zustand. Eine schöne Überraschung ... ein Gespenst geht um in Europa.

Vielen Dank an die Mitarbeiter*innen der Universitäts- und Stadtbibliothek.

Jörg Kobel

Soziales

Wohngeld federt Mieten ab!

Derzeit stellen jeden Monat 3.000 Menschen in Köln einen Antrag auf Wohngeld. Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist die Zahl der Anträge um 48 % gestiegen, teilte Sozialdezernent Dr. Rau auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses auf Nachfrage der LINKEN mit. „In 2020 wurden 29.645 Bescheide (2019: 20.545) erlassen; 2021 waren es insgesamt 34.400“, heißt es in der Verwaltungsveröffentlichung Wohnen in Köln 2020/21.

Noch 10.000 Anträge sind in Bearbeitung. Diese Zahl hatte die Sozialverwaltung bereits vor einem Vierteljahr genannt. D.h. die Verwaltung schafft es noch nicht, die Anzahl der offenen Wohngeldanträge zu reduzieren. Derzeit sind 87 Stellen in der Wohngeldstelle belegt.

Die Wohngeldreform ist inzwischen ein wichtiger Baustein in der Sozialpolitik. Die Menschen machen davon Gebrauch. Der Kreis der Berechtigten ist erweitert worden; die zu zahlenden Mittel sind höher.

Dass die Verwaltung das Personal binnen weniger Monate verdreifacht hat, ist eine Leistung, auch wenn der Antragstau zunächst nicht kleiner wird. Das Wohngeld wird auch rückwirkend erstattet. Und in Notlagen wird unbürokratisch geholfen. Daneben sind Wohngeldbezieher berechtigt, Mittel aus dem Topf für Bildung und Teilhabe (z. B. kostenloses Schüler Mittagessen etc.) zu nutzen.

Im Jahr 2021 wurde ca. 27 Mio. Euro an die Bezieher von Wohngeld in Köln ausgezahlt. Für das Jahr

2023 und folgende gehe ich von ca. 50 Mio. Euro aus. Das ist ein stolzer Betrag. Deshalb sollte die Verwaltung und die Parteien im Rat alle Hebel in Bewegung setzen, damit Menschen mit geringem Einkommen Wohngeldanträge stellen.

Jörg Detjen

Oberirdischer Gedenkort am Waidmarkt kommt

Am Ort des Einsturzes des Stadtarchivs soll ein Gedenk- und Kulturort entstehen. Nachdem die ursprünglich geplante unterirdische Halle aus Lärmschutzgründen verworfen wurde, soll es jetzt einen oberirdischen Ort des Gedenkens geben. Zur Umpfanung hatte die Verwaltung eine Beschlussvorlage vorgelegt.

Im Kern war man sich mit der sehr engagierten Bürgerinitiative einig. Doch es gab auch einige Wünsche, die nicht in die Vorlage aufgenommen wurden. Diese sind schlussendlich teilweise in einem gemeinsamen Änderungsantrag fast aller demokratischen Fraktionen eingeflossen. Nur die KLIMA FREUNDE haben sich nicht beteiligt.

Nun ist sichergestellt, dass die ursprünglich für den unterirdischen Gedenkort vereinbarten Gelder, die die ARGE als Bauträger zahlen muss, vollständig in den neuen Ort fließen. DIE LINKE konnte aus ihrem, zusammen mit der SPD gestellten, ursprünglichen und weitergehenden Änderungsantrag vereinbaren, dass nun auch geprüft wird, ob ein Teil der Gelder in den nächsten Jahren für Kulturveranstaltungen verwandt werden kann. Denn es wird Jahre dauern, bis der Gedenkort fertiggestellt ist.

Vereinbart wurde ebenfalls die Einbindung der Bürgerinitiative, Anlieger und der Bürgerschaft in die weiteren Planungen sowie das Verbleiben des Grundstücks in städtischem Besitz und die Prüfung des Ankaufs angrenzender Grundstücke.

Unser rot-roter Änderungsantrag, den wir gerne mit allen Demokraten gestellt hätten, hat die Anliegen der Bürgerinitiative umfassender und verbindlicher aufgegriffen. Doch letztlich war es uns und der Bürgerinitiative wichtiger, einen breit getragenen Beschluss zu fassen, der nicht abgeschwächt werden kann.

Heiner Kockerbeck

Streiter für Chancengerechtigkeit

Foto: Coach e. V.

Der Coach e.V. – Kölner Initiative für Bildung und Integration junger Migrant*innen hat mittlerweile fünf Standorte in Köln. Neben diversen Angeboten für 450 Kinder und Jugendliche und deren Eltern bietet er Fortbildungen für Multiplikator*innen aus Schule und Jugendarbeit an und eine „Empowerment-Akademie“ für junge Menschen mit Diskriminierungserfahrung. Er hat über 25 Mitarbeitende und einen Jahresetat von 1,5 Millionen. Der Verein leistet nicht nur individuelle Hilfe, sondern versteht sich auch politisch als Streiter für Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierung. Dafür wird er in diesem Jahr mit dem Bilz-Preis ausgezeichnet, den die Kölner Bilz-Stiftung jährlich vergibt.

Wir sprachen mit dem Geschäftsführer, Ahmet Sinoplu.

Was macht Euer Verein?

Ahmet Sinoplu: Bei unserem dreigliedrigen diskriminierenden Schulsystem ist es klar, dass es oft ein Zufall ist, ob Kinder und Jugendliche ihr Potenzial entfalten können, wenn zu Hause nicht die entsprechende Unterstützung möglich ist. Familien kommen mit dem Bedarf der Hausaufgabenhilfe, der Lernförderung zu uns. Dadurch, dass wir die Familien und Kinder auch über eine längere Zeit begleiten, im Durchschnitt vier Jahre, durch unsere Beziehungsarbeit und auch durch unseren mehrsprachigen Zugang zu den Familien und Communities können wir sie auch beraten, insbesondere beim Übergang Schule – Beruf, wo wir die langjährigen Expertise ja auch haben. Wir haben eine Vätergruppe, wir haben eine Müttergruppe. Da geht es darum, dass wir Eltern begleiten, informieren. Zu den Fragen, die relevant sind mit Blick auf die Bildungskarriere der Kinder und Jugendlichen, aber auch allgemeine Fragen, sei es jetzt: Wie überlebe ich die Pubertät als Eltern oder auch als Jugendliche? Wie gehe ich mit Krisen, mit Konflikten um? Wie ist das Schulsystem in Deutschland? Was kann ich dafür tun, dass meine Kinder besser gefördert werden?

Aber mit der individuellen Förderung und der Unterstützung der



Familien ist es nicht getan?

Ahmet Sinoplu: Ja, wir wollen andere migrantische Organisationen und Aktive begleiten und beraten mit Blick darauf, wie sie an Ressourcen und an Finanzierung kommen können. Je mehr wir erreichen, je mehr auch Zugänge haben, desto mehr Kinder und Jugendliche können auch durch andere erreicht werden, weil der Bedarf ist größer denn je. Also, wenn man auch auf das Schulsystem blickt, nach wie vor.

Das System selbst ist ja leider diskriminierend und wenig durchlässig. Unsere Erfahrungen damit und was aus unserer Sicht an Förderung notwendig ist und wie die Zusammenarbeit mit Schule klappt, das wollen wir in der Coach Akademie an Multiplikator*innen weitergeben, wir bilden Lehrer*innen und Jugendarbeiter*innen fort. Damit es bei Bildungs- und Chancengerechtigkeit nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern tatsächlich was im Einzelfall bewirkt wird. Aber um systematisch was zu verändern, da braucht man politische Wege und strukturelle Veränderungen und Paradigmenwechsel. Und das ist natürlich eine andere Mammutaufgabe.

Spannend finde ich ja auch Eure Empowerment Akademie.

Ahmet Sinoplu: Da haben wir in den letzten drei Jahren 60 junge Multiplikator*innen ausgebildet, die im Bereich der rassismuskritischen, diversitätsorientierten Bildungsarbeit in vielen verschiedenen Vereinen Initiativen aktiv sind. Und gleichzeitig haben wir noch einen Referent*innen-Pool aus jungen Menschen, die Trainings und Workshops usw. geben.

Und da gibt es natürlich noch viel Bedarf, sich mit Diversität, Diskriminierungssensibilität, und auch anti-rassistischen Perspektiven zu beschäftigen. Auch das zeigen verschiedene Studien, dass die Ressentiments nach wie vor noch in den Köpfen sind, auch der Lehrkräfte, sodass auch dort rassismuskritische, vorurteilsbewusste Bildungsarbeit notwendig ist, damit so postmigrantisches Perspektiven überhaupt berücksichtigt und Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus unterstützt werden können.

Wir finanziert Ihr Eure Arbeit? Bekommt Ihr dafür Geld von der Stadt?

Ahmet Sinoplu: Wir kriegen eine Förderung von der Stadt Köln unter anderem für die Hausaufgabenhilfe. Das wollten die vor etwa drei Jahren auslaufen lassen, weil wohl irgendjemand meinte, es bedarf keiner Hausaufgabenhilfe mehr, wenn man doch Ganztagschulen hat. Da haben wir 40 Träger mobilisiert, die von dieser Kürzung dann betroffen wären, und da hat die Verwaltung das zurückgezogen. So können wir weiter kostenlos Hausaufgabenhilfe anbieten für Kinder und Jugendliche, die sich die sonst nicht leisten können. Und tatsächlich dann nach der Schule, zum Teil nach 14, 15, 16:00 noch zu uns kommen, um eine Hausaufgabenhilfe zu bekommen, wo auch dann Lernen und Vorbereitung für Prüfungen stattfindet.

Die meisten Angebote werden über Projektmittel finanziert, was natürlich auch ein Problem ist, weil die immer sehr knapp befristet sind. Wir freuen uns über jede Spende, die für uns einen großen Unterschied macht.

Kölner*innen nicht einverstanden

Fast alle Ratsmitglieder haben die Schließung der Städtischen Krankenhäuser in Riehl und Holweide beschlossen. Lediglich DIE LINKE stimmte dagegen. Die bisherigen Leistungen sollen am Standort Merheim teilweise neu aufgebaut werden.

Viele der aufgeführten Argumente sind schlicht falsch. Angst wird verbreitet, die Krankenhäuser würden nach der geplanten Reform ihren Status als Vollversorger verlieren und dürften dann viele Behandlungen gar nicht mehr durchführen. Doch im Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass Merheim und Holweide als ein Standort gelten, denn die Entfernung dazwischen beträgt weniger als 5 km. Der Status als Vollversorger ist in Wirklichkeit gar nicht gefährdet.

Außerdem lassen sich viele versprochene Kosteneinsparungen nicht realisieren. Sie sollen u. a. durch die Reduzierung auf ein Labor, eine Radiologie und einen Schreibdienst erreicht werden. Doch der Personaleinsatz bemisst sich nicht an der Zahl der Standorte, son-

dern an den behandelten Patienten. Auch bei der Zusammenlegung der Ambulanzen ist die Fallzahl maßgeblich.

Die Kinderklinik in Riehl soll völlig marode sein. Doch diese angeblich so marode Klinik wurde gerade für 20 Mio. Euro erweitert. Sie verfügt außerdem über ein spendenfinanziertes Haus für Eltern, was am neuen Standort nicht vorgesehen ist.

Die vielen Ungereimtheiten lassen auch viele Kölner bezweifeln, dass die Standortschließung der richtige Weg ist. Eine Petition hat nach 20 Tagen bereits über 47.000 Unterschriften gegen diesen Ratsbeschluss gesammelt. Das ist für eine lokal begrenzte Petition absolut ungewöhnlich. Von über 11.000 im Jahr 2021 eingereichten Petitionen an den Bundestag haben lediglich 10 diese Stimmenzahl erreicht, obwohl dazu im gesamten Bundesgebiet geworben wurde.

Die gigantische Anzahl an Unterstützer*innen der Petition zeigt, dass die Kölnerinnen und Kölner gute Er-

fahrungen in den Städtischen Krankenhäusern gemacht haben. Sie möchten nicht, dass eine zufriedenstellende Gesundheitsversorgung aus Kostengründen verschwindet.

Eigentlich müssten die Mehrheitsfraktionen nun endlich ins Grübeln kommen. Fast 5 Prozent der Kölner*innen haben die Petition unterschrieben. Inhaltlich dürfte sie von wesentlich mehr Menschen unterstützt werden, die diese Petition gar nicht kennen. Die Parteien müssen aufwachen und auf den Weg zurückfinden, den die Menschen in dieser Stadt in der Krankenhauspolitik beschreiten wollen.

Hände weg von den Städtischen Krankenhäusern! Noch ist es nicht zu spät!

Uschi Röhrig

Hier könnt ihr die Krankenhauspetition unterschreiben:

https://weact.campact.de/petitions/k-eine-schliessung-des-kinderkrankenhauses-amsterdamer-strasse-und-des-krankenhauses-holweide-1?from_action_confirmation=true

Obdachlose ohne Zukunft?

Das selbstverwaltete Obdachlosenprojekt „Obdachlose mit Zukunft (OMZ)“, das aus einer Hausbesetzung im Corona-Lockdown 2020 entstanden ist, existiert aktuell nicht mehr. Zum 31.5. mussten die Bewohner die Gummersbacher Straße verlassen. Ein neues Haus kann erst in drei Monaten bezogen werden.

Viele der alten Bewohner sind wütend und enttäuscht. Denn das neue Haus wird nicht mehr selbstverwaltet sein, sondern durch einen sozialen Träger betreut werden. Außerdem müssen sich alle künftigen Bewohner*innen für einen Platz im neuen Haus bewerben. Diese empfinden es nachvollziehbar als Demütigung, nun wieder Bittsteller sein zu müssen.

Diese Maßnahme der Verwaltung ist die Reaktion auf Gewaltvorfälle im OMZ. Natürlich musste die Stadt darauf reagieren. Ein Grund dafür, dass sich gewalttätige Personen im Haus festsetzen konnten, war aber auch, dass die Stadt ihr Hausrecht

nicht konsequent ausgeübt hat. Die herbeigerufene Polizei konnte niemanden aufgrund von Auskünften der Bewohner des Hauses verweisen, weil sie nur auf Weisungen der Stadt reagieren konnte. Diesen Fehler hat der Sozialdezernent Dr. Rau auch zugegeben.

Es trifft nicht zu, dass die Obdachlosen alleine verantwortlich für die großen Probleme des OMZ im Interim an der Gummersbacher Str. 25 sind. Auch die Stadt hat Fehler gemacht. Neben dem nur unzureichend wahrgenommenen Hausrecht waren fehlende Sozialarbeiter*innen, der fehlende Versammlungsraum für das Plenum und die fehlende Werkstatt ein Faktor. Eine Werkstatt hätte Tagesstruktur und Verdienstmöglichkeiten geboten.

Es ist auch unverständlich, wieso die vom OMZ e. V. vorgeschlagenen friedlichen Nutzer*innen nicht sofort, ohne demütigendes Bewerbungsverfahren in das neue Haus aufgenommen werden.



Nun besteht die reale Gefahr, dass Teilnehmer*innen wieder in der Obdachlosigkeit hängen bleiben, dass erlernte Fähigkeiten zum miteinander Wohnen wieder verloren gehen. Die Priorität der Verwaltung lag nicht darin, alle geeigneten (weil nicht gewalttätigen) Menschen in das neue Haus mitzunehmen.

Für DIE LINKE hat weiterhin der Ratsbeschluss von 2020 Bestand. Der sieht ein selbstverwaltetes Zentrum für die ehemaligen Bewohner*innen der Marktstraße vor. Deswegen kann auch im neuen Haus das Ziel nur die Selbstverwaltung sein. Nach einer Übergangszeit muss es ein klares Konzept mit festen Terminen für einen Fahrplan zur Selbstverwaltung geben. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen.

Andrea Kostolnik, Heiner Kockerbeck

ÖPNV-Roadmap-Plus des Bündnis Verkehrswende

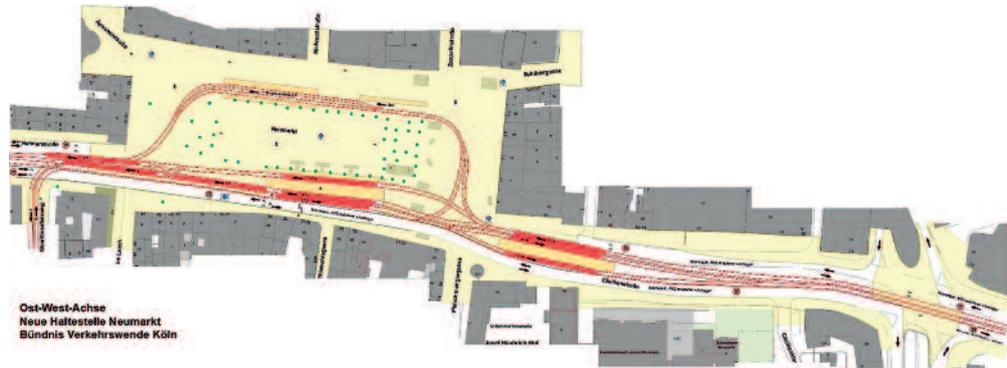
Schnellerer Stadtbahn-Ausbau mit Brücken statt Tunneln

Im Jahre 2018 fanden Bürgerbeteiligungen zum Ausbau der Ost-West-Achse (OWA) statt. Die Stadt will zwischen Aachener Weiher und Deutzer Brücke einen Tunnel für die Stadtbahn-Linien 1, 7 und 9 bauen. Auch eine oberirdische Variante wurde diskutiert. Der große Wurf für die Kölner Verkehrswende war nicht dabei, denn mehr als zwei Gleise für das Rückgrat des Schienenverkehrs sah keine der Varianten vor. Dass die Kapazitätserweiterung durch längere Stadtbahn-Züge nur für eine von drei Linien möglich ist, zeigt wie widersprüchlich das Projekt ist.

Unzufrieden mit den Planungen gründeten Bürger*innen das „Bündnis gegen den Ost-West-Tunnel“, das jetzt „Bündnis Verkehrswende Köln“ heißt. Unter dem Motto „oben bleiben“ trifft es sich seitdem regelmäßig. Jedoch wollte das Bündnis nicht nur „dagegen“ sein, sondern auch konstruktive Vorschläge machen. Ein Arbeitskreis „Mobilitätsalternativen“ wurde gegründet, um zu untersuchen, welche Alternativen es zum (unterirdischen) Ausbau der OWA gibt und wie sie entlastet werden kann.

Heraus kam die „ÖPNV-Roadmap-Plus“. Der Begriff „ÖPNV-Roadmap“ wird von der Verwaltung benutzt, um den Rat über die zukünftigen Erweiterungen des Stadtbahn-Netzes zu informieren. Den Begriff hat das Bündnis Verkehrswende Köln aufgegriffen und das Konzept ergänzt. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie schnell und großzügig das Kölner Stadtbahnnetz ausgebaut werden kann, wenn ganz auf die teuren und langwierigen Tunnelbauten verzichtet wird.

Erkenntnisse des Arbeitskreises: Fahrgäste wollen Taktverdichtungen statt längere Züge. Städtebaulich sind kürzere Züge und Bahnsteige zu befürworten. Die U-Bahnhöfe erhöhen die Reisezeit (Wege aus dem Tunnel an die Oberfläche müssen eingerechnet werden) und gefährden die Barrierefreiheit (Fahrstühle und Rolltreppen sind oft defekt). Ein Beispiel der Strecke Straßburg–Kehl zeigte, dass neue Rheinbrücken für



Straßenbahnen wesentlich preiswerter sind als gemeinhin angenommen.

Die Schlussfolgerungen für die ÖPNV-Roadmap-Plus waren: Die OWA soll nur an den Haltestellen Neumarkt und Heumarkt ausgebaut werden. An diesen beiden Haltestellen soll es für jede Richtung zwei Bahnsteigkanten geben, damit der heute noch übliche Stadtbahn-Stau vermieden wird. Der Autoverkehr wird dort reduziert. Es wurden städtebaulich verträgliche Bahnsteiganordnungen für die beiden Plätze entwickelt (siehe Grafik Neumarkt). Ein höherer Takt auf allen drei Linien ist mit dieser Lösung möglich. Das Bündnis Verkehrswende Köln möchte bei den bisherigen 60-Meter-Zügen bleiben. Damit wird der teure Ausbau aller Bahnsteige der OWA vermieden und es werden mindestens 100 Millionen Euro gespart, die in neue Strecken fließen können. Die Anschaffung von Niederflur-Wagen damals in den 1990er Jahren würde weiterhin Sinn ergeben.

Auf alle Tunnelbauten im Stadtbahn-Netz wird verzichtet. Das gilt für die OWA und für zwei weitere angedachte Tunnel-Projekte am Barbarossaplatz und in Klettenberg. Das Mammutprojekt „Ringschluss Linie 13“ mit einem Tunnel zwischen Klettenberg und Mülheim mit geschätzten Kosten von mindestens sechs Milliarden Euro will das Bündnis Verkehrswende Köln schon im Vorfeld verhindern und durch oberirdische Alternativen ersetzen.

Der konsequente Verzicht auf Tunnel ermöglicht einen wesentlich schnelleren Aufbau neuer Strecken. So werden auch Neubaugebiete und

benachteiligte Stadtteile schneller angebunden.

Die OWA wird durch neue Strecken entlastet. In Ost-West-Richtung steht uns der Rhein im Weg. Jedoch gibt es Stellen, an denen neue Rheinbrücken in Verbindung mit vorhandenen Trassen schnell zum Aufbau neuer Verbindungen genutzt werden können. Fünf Standorte für die neuen „Umweltbrücken“ (d.h. nur für den Umweltverbund und nicht für Autos) wurden ausgemacht: Niehl, Zoo, Ubierring, Schönhauser Straße und Sürth. Die Innere Kanalstraße wurde als einzige Stelle ausgemacht, an der ein geschlossener oberirdischer Stadtbahn-Ring gebaut werden kann. Neue oberirdische Ost-West-Strecken im Bereich Ubierring und Schönhauser Straße machen sowohl die Tunnel auf der OWA als auch von Klettenberg nach Mülheim überflüssig. Eine Erweiterung des Netzes im Niederflur-Bereich macht das Netz flexibler.

Kann uns die ÖPNV-Roadmap-Plus einen Ausweg aus der Blockade der Kölner Verkehrspolitik zeigen? Das Bündnis Verkehrswende Köln ist davon überzeugt und stellt seine Ideen der Politik, der Stadt Köln sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung. Sie kommen zum richtigen Zeitpunkt, denn Köln muss einerseits sparen und braucht andererseits dringend eine Verkehrswende, nicht nur aufgrund höherer Nachfrage (Deutschland-Ticket), sondern auch zum Klimaschutz.

Albert Meinhardt

Mehr zur ÖPNV-Roadmap-Plus auf der Webseite des Bündnis Verkehrswende Köln

<https://verkehrswende.koeln/>



Freiheit für Navid Taghavi!

Die Frauenrechtlerin Nahid Taghavi, Kölnerin und deutsche Staatsbürgerin, wird seit fast drei Jahren unter unmenschlichen Bedingungen im berühmten Teheraner Evin-Gefängnis festgehalten. Wir trafen ihre Tochter Mariam Claren zum Interview.

Platzjabbeck (PJ): Frau Claren, wie geht es Ihrer Mutter?

Mariam Claren (MC): Nicht gut. Sie hat einen Bandscheibenvorfall, der nicht behandelt wird und demzufolge dauerhaft starke Schmerzen. Dazu kommt Bluthochdruck und das Karpaltunnelsyndrom. Sie kann ihren Arm zeitweise gar nicht mehr bewegen. Ihre Zellengenossin, die für den Friedensnobelpreis nominierte Narges Mohammadi, hat sich am 4. Juni 2023 an die Öffentlichkeit gewandt, um auf den sich enorm verschlechternden Gesundheitszustand von Nahid Taghavi hinzuweisen.

PJ: Welche politischen Aktivitäten hat ihre Mutter ausgeübt?

MC: Meine Mutter hat einen klassischen linken Werdegang. In den 70er Jahren studierte sie in Florenz Architektur. Dort schloss sie sich der „Konföderation Iranischer Studenten“ an, welche das Zentrum der linken Oppositionsbewegung gegen den damaligen Schah im Ausland war. 1983 schließlich zog sie nach Köln, wo sie heute noch lebt. In den 80er Jahren verlagerte sich ihr Engagement hin zu Frauenrechten, was bis heute ihr bestimmendes politisches Thema ist.

PJ: Wie kam es im Oktober 2020 zu der Festnahme in Teheran?

MC: Meine Mutter war zu einem Familienbesuch im Iran. Dort hatte sie einen Freundeskreis, mit denen sie sich auch regelmäßig traf und über

Politik diskutierte. Meine Mutter und vier weitere Personen wurden festgenommen und inhaftiert. Nachhinein gehen wir davon aus, dass irgendjemand sie verraten haben musste. Denn ihre Aktivitäten waren nicht öffentlich. Meine Mutter sprach mit Gleichgesinnten über Politik.

PJ: Wieso fühlt sich der Staat von privaten Gesprächen bedroht? Das scheint selbst für dieses Regime eine unglaublich harte Bestrafung.

MC: Einerseits macht alles, was sich im Privaten abspielt, dem Regime Angst. Denn das kann es schlechter kontrollieren als öffentliche Aktionen auf der Straße oder in den sozialen Medien. Andererseits ist meine Mutter als deutsche Staatsbürgerin ein ideales Opfer für die „Geiseldiplomatie“ des Mullah-Regimes. So soll Druck auf die Heimatstaaten ausgeübt werden, damit sie dem Regime Zugeständnisse machen.

In das Bild passt, dass von den fünf Inhaftierten die drei Iraner*innen inzwischen wieder frei sind. Lediglich meine Mutter und ein britischer Staatsangehöriger sitzen noch im Gefängnis.

PJ: Wie sind die Haftbedingungen?

MC: Die ersten Monate im Gefängnis verbrachte meine Mutter in Einzelhaft. In ihrer winzigen Zelle gab es keine Möbel, auch kein Bett. Lediglich eine Toilette. So musste meine Mutter auf dem harten Boden schlafen, ohne Kissen oder Decke. Das ist sicherlich ein Grund für ihren Bandscheibenvorfall und die daraus resultierenden unerträglichen Schmerzen.

Drei Monate lang wurde sie täglich 12 Stunden lang verhört. Sie bekam nur sehr wenig zu essen. Im ersten Monat verlor sie 15 kg Gewicht. In Einzelhaft durfte sie ihre Zelle nur mit Augenbinde verlassen. Sie hatte keinen Kontakt mit ihren Rechtsanwältinnen und kaum Kontakt zu ihrer Familie.

Die Einzelhaft ist momentan vorüber, aber ihre Gesundheit ist zerstört. Denn ihr wird dauerhaft die notwendige medizinische Behandlung, die sie braucht, verweigert.

PJ: Was können wir für die Freilas-

sung Ihrer Mutter tun?

MC: Zunächst einmal sich über die Situation im Iran und die der politischen Gefangenen zu informieren. Konkret hilft es, Druck auszuüben und den Regierungen auf die Nerven zu gehen. Denn das bedeutet, dass viele Menschen hier zur Kenntnis nehmen, was im Iran passiert und dagegen protestieren. Das Regime möchte seine Handlungen aber lieber im Verborgenen lassen.

Dasselbe gilt für die deutsche Bundesregierung. Sie könnte mehr tun. Deutschland ist immer noch der größte europäische Handelspartner des Iran. Der Staat kann wirtschaftliche und politische Druckmittel benutzen. Dänemark, Irland, Österreich, Belgien und Frankreich haben diese Druckmittel bereits erfolgreich eingesetzt und ihre inhaftierten Staatsbürger*innen aus dem Land geholt.

Hier kann ein Schreiben an das Auswärtige Amt helfen. Wir sollten es auffordern, mehr für die Freilassung von Nahid Taghavi zu tun.

Ein gutes Mittel ist es auch, die Petition von Amnesty International für die Freilassung meiner Mutter zu unterstützen.

PJ: Frau Claren, Danke für dieses Gespräch. Wir werden gleich mal Briefe schreiben.



Mariam Claren kämpft unermüdlich für die Freilassung ihrer Mutter.

Foto: Stéphane Lelarge / Amnesty International

Auswärtiges Amt

Die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock
Werderscher Markt 1, 11013 Berlin
Botschaft der Islamischen Republik Iran

Botschafter Mahmoud Farazandeh
Podbielskiallee 67, 14195 Berlin

Amnesty Aktion für Nahid Taghavi:
<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/iran-nahid-taghavi-freilassen-2022-11-15>

Die „Abgelehnten“ für eine Bildungswende jetzt

Bundesweiter Protesttag am 23. September – Kundgebung in Köln

Als sein Sohn von der Grundschule in eine weiterführende Schule wechseln sollte, machte Olaf Wittrock eine ernüchternde Erfahrung: Von der Grundschule seines Sohnes in Sülz bekam die Hälfte der Kinder den erwünschten Platz. Auch sein Sohn kam nicht auf das Wunsch-Gymnasium. Das ist vielleicht keine Katastrophe, aber besonders deprimierend war das Losverfahren, bei dem befreundete und benachbarte Kinder und Familien gegeneinander antreten. Das können nur Zyniker als gelungene Vorbereitung auf das Leben in der Konkurrenzgesellschaft verbuchen. Olaf Wittrock, der sich als Journalist mit Wirtschaft und Finanzmärkten beschäftigt, fand das empörend, wie viele Eltern in der gleichen Situation. Er tat sich mit anderen Betroffenen zusammen und gründete die Initiative „Die Abgelehnten“. Die Gruppe ist ein loser Zusammenschluss von Eltern, ohne feste Organisationsform zwar, aber mit dem festen Willen, künftige Jahrgänge besser auf das Chaos vorzubereiten, das sie bei der Schulplatzsuche erwartet – und die Verantwortlichen dazu zu bringen, die Lage schnell zu verbessern.

Seit zwei Jahren begleiten sie kritisch die Kölner Schulpolitik und artikulieren den Unmut der Betroffenen. In diesem Jahr waren es besonders viele: Nicht nur, wie schon traditionell, die Eltern, die ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden wollen, auch an den Gymnasien können die Kölner Kinder immer schwerer untergebracht werden, und, noch schlimmer, der Anspruch angehender Grundschulkinder auf einen Platz in der nächstgelegenen Grundschule konnte dieses Jahr auch nicht eingelöst werden. Dass Erstklässler im nächsten Schuljahr bis zu sieben Kilometer fahren müssen, ist einfach unzumutbar, vor allem für alleinerziehende und berufstätige Eltern.

Wie ignorant die Kölner Stadtverwaltung auf die Nöte der Eltern reagiert, findet Olaf Wittrock schlicht empörend. Als in einer Aktuellen Stunde des Rats im März darüber gesprochen wurde, saßen betroffene Eltern und Kinder auf der Zuschauertribüne, mit Plakaten, dass sie



Olaf Wittrock, Gründer der „Abgelehnten“

noch keinen Schulplatz hätten, während Schuldezernent Robert Voigtsberger (SPD) davon sprach, dass alle Kinder untergebracht werden könnten. Als der LINKEN-Sprecher Heiner Kockerbeck mit Verweis auf einen entsprechenden Aufruf der „Abgelehnten“ Henriette Reker aufforderte, dieses Problem zur Chefsache zu machen, reagierte sie mit keiner Silbe und rief unbeirrt den nächsten Tagesordnungspunkt auf. Ein Verhalten, das nicht gerade geeignet ist, die Enttäuschung über die etablierte Politik zu mindern. Im besten Fall, wie bei den „Abgelehnten“, führt es zu der Erkenntnis, dass man sich selbst kümmern und zur Wehr setzen muss, im schlechtesten Fall zur Resignation oder zur Stimmabgabe für Politikverweigerer in der AfD.

Für Olaf Wittrock ist Bildungspolitik vor allem Kommunalpolitik. Hier müssen die Schul- und Kitaplätze geschaffen werden. Das ist sicher überall ein Problem, aber in Köln besonders schlimm.

Wie kommt das? In den kleinen Gemeinden sitzen oft jüngere Menschen in den Gremien, die selbst Kinder haben, im Stadtrat von Köln sieht Wittrock deutlich mehr Großeltern sitzen. Politik für Familien würde sich auch mehr lohnen, meint er, wenn man das Wahlrecht ab 0 Jahren einführen würde – also auch Kinder eine Stimme in der Politik hätten.

Besonders ärgert Wittrock, wenn Schulpolitik von Ideologie überlagert

wird. Da gibt es in Rondorf eine Initiative für eine Gesamtschule, die Nachfrage im Stadtbezirk danach ist groß, doch was plant die Stadt? Ein Gymnasium. „Das niemand vor Ort will“, so Wittrock. Genauso in Neubrück, wo gegen das Votum der Bezirksvertretung eine halb leere Hauptschule erhalten bleibt, statt den Standort in eine Gesamtschule umzuwidmen.

Die Initiative „Die Abgelehnten“ gehört zu den Erstunterzeichnern des bundesweiten Appells für eine „Bildungswende jetzt“, in dem ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bildung und die Einlösung der 2008 auf einem Bildungsgipfel gegebenen Zusicherung, zehn Prozent des BIP für Bildung und Wissenschaft auszugeben. Die Länder sollen sich verpflichten, genügend Lehrkräfte auszubilden, anstatt sie sich gegenseitig abzuwerben, und deren Ausbildung auf heutige Anforderungen auszurichten. Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung und mehr Freiräume in der Gestaltung sollen Schulen inklusiv und innovativ werden. Am 23. September soll ein bundesweiter Bildungsprotest-Tag auf die Vernachlässigung von Kitas und Schulen aufmerksam machen. In NRW wird dieser Protest, getragen unter anderem von den „Abgelehnten“, der GEW, den „Teachers for Future“ und vieler anderer auf einer Kundgebung auf dem Heumarkt artikuliert werden.

Karl-Heinz Heinemann

Jetzt: Ausbau der Fernwärme!

Ein roter Faden in der sozial-ökologischen Transformation in Köln?

Seit 10 Jahren vertritt die Kölner Ratsfraktion der LINKEN in den Investitions- und Finanzdebatten, dass ein Vorantreiben der Wohnungspolitik eine Art „roter Faden“ für die gesamte Entwicklung unserer Stadt sein könnte. Mit mehr gebauten Wohnungen hätten die Menschen günstige Mieten, der Arbeitsmarkt würde attraktiver, die Unterbringung der Geflüchteten einfacher und vieles mehr. Oberbürgermeisterin Reker und das schwarz-grüne Bündnis wollen das ebenso wenig wie früher Rot-Grün.

Der Kölner LINKEN dagegen geht es immer darum, wichtige strategische Diskussionen transparent mit sozialen und ökologischen Perspektiven zu verbinden. Wir wollen z. B., dass nicht einfach Schulen gebaut werden, sondern damit auch Schulformen gefördert werden, die eine größere Bildungsgerechtigkeit ermöglichen.

Jetzt öffnet sich gerade ein neues Zeitfenster im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation. Die Stadt muss klimarecht umgebaut werden.

Das ist ein Prozess, der sich über viele Jahre hinziehen wird. Die Stadt Köln, der Stadtwerkekonzern und andere städtische Unternehmen werden in den nächsten Jahren viel Geld investieren. Deshalb brauchen wir jetzt eine strategische Diskussion in der gesamten Stadt, wo die Finanzmittel am meisten gebraucht werden. Es kann nicht sein, dass jeder städtische Akteur das alleine entscheidet.

Es geht darum,

- klimagerechte Investitionen so zu tätigen, dass möglichst viele Akteure und Menschen davon profitieren und die Klimaziele umgesetzt werden,
- den aktuellen sozialen Herausforderungen mit Investitionen zu begegnen,
- die Bildungsgerechtigkeit voranzubringen,
- gleiche Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Vierteln anzustreben,
- die soziale, gesundheitliche und kulturelle Teilhabe zu verbessern.

Ein Beispiel: Die GAG erhöht zum Ärger vieler bei einigen tausend Mieterinnen und Mietern die Wohnkosten. Hintergrund ist, dass die GAG insbesondere für die Sanierung von Altbeständen viel Geld braucht, und für den Neubau keine preisgünstigen Flächen zur Verfügung stehen. Die Stadt als größter Eigentümer macht sich einen schlanken Fuß.

Was wäre besser?

Städtische Flächen sollten für den Neubau von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Vor allem brauchen wir aber ein abgestimmtes Investitionsprogramm zwischen Stadt, Stadtwerken und GAG für den Ausbau der Fernwärme, um bei der klimarechten Instandsetzung der Altbestände der GAG-Investitionskosten in Wärmeanlagen zu sparen. Fernwärme-Anschlüsse für Altbauten sind sehr wichtig. Dort lassen sich Wärmepumpen nur mit großem Aufwand oder gar nicht betreiben.

Es gibt nicht immer einen Lösungsweg, sondern mehrere. Trotzdem tut sich ein neuer „roter Faden“ auf, nämlich der gezielte Ausbau des Kölner Fernwärmenetzes in den nächsten Jahren.

Seit vielen Jahren bauen die Kölner Stadtwerke das Fernwärmenetz Stück um Stück aus. Inzwischen beziehen 10 bis 20 % der Kölner Haushalte Fernwärme. Rostock mit 80 % und München mit 40 % sind viel weiter. Nun will die Bundesregierung erreichen, dass jedes Jahr 100.000 Haushalte ans Fernwärmenetz angeschlossen werden. Entsprechende Fördermittel stehen in Aussicht. Das wäre eine Riesenchance für die sozial-ökologische Transformation der Stadt. Damit könnte der Neu- und Umbau von Wohnraum viel günstiger bewältigt werden: Kleine Wärmeanlagen können eingespart und die CO²-Belastungen deutlich gesenkt werden. Durch den Ausbau der Fernwärme können also Baukosten reduziert werden, auch bei Schulen, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Denn die gesamten Investitionen für den klimagerechten Umbau sind groß. Allein die Stadtwerke Köln rechnen mit 10 Mrd. Euro Investitio-



Fernwärme spart Platz + Kosten. Foto: clairewych auf Pixabay

nen bis 2030. Dazu kommen die Großprojekte der Stadt, die sich auf 12 Mrd. Euro belaufen. Das sind zusammengenommen laufende Investitionen von 2,75 Mrd. Euro pro Jahr. Das wäre mehr als eine Verdoppelung (!) der derzeitigen laufenden jährlichen Investitionen von Stadt und Stadtwerken.

Fachleute gehen davon aus, dass ein Großteil der Investitionen in Transformation auf kommunaler Ebene getätigt wird. D.h. Bund und Land müssen finanzielle Mittel an die Kommunen abtreten. Das wird ein zäher Kampf.

Wenn diese finanziellen Mittel aufgebracht werden sollen, müssen sich die Haushaltsmittel auf den Transformationsprozess konzentrieren. Bundes- und Landesmittel müssen den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, sonst ist das nicht zu schaffen. Die Kölner Ratsfraktion wird sich natürlich dafür einsetzen, dass einerseits die Finanzmittel für Soziales, Bildung, Gesundheit und Kultur nicht gekürzt werden und andererseits gleichzeitig so investiert wird, dass die gesellschaftliche Teilhabe gefördert und ausgebaut wird.

Wir brauchen jetzt eine Diskussion, wie Kosten für klimagerechte Investitionen und konsumtive Ausgabe für Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur miteinander verbunden werden können.

Jörg Detjen

TERMINE

Do., 20. Juli

Internationales Café für Frauen, Mütter, Mädchen & FLINTA*. Gegenseitige Unterstützung bei Fragen zu Aufenthalt, Arbeitsrecht, Sozialleistungen u. Diskriminierungserfahrungen, mit Juristin u. Sozialarbeiterin, VA: Machbarschaft Petershof eV, Info: petershof.org. 15 Uhr, Petershof, Lövenicher Weg 9-11, 50933 Köln

Di., 25. Juli

ERZÄHLCAFÉ - Jeden vierten Dienstag im Monat
Das Allerweltshaus ist voller Menschen mit spannenden Geschichten. Wir wollen daran teilhaben und laden alle ein, die Lust haben, ihre Erlebnisse, Interessen, Fragen und Themen mit uns zu teilen. Bei Tee, Softdrinks und Knabberereien, kommen wir ins Gespräch, hören interessante, aufregende, berührende, lehrreiche Erzählungen, erfahren etwas über uns und andere. Das Café richtet sich auch an Menschen, die Deutsch lernen wollen und bietet Raum für Übersetzungen und Verständnisfragen. Das Projekt „Come together - Kulturcafé für Alle im neuen Allerweltshaus“ wird durch das Förderprogramm NRWeltoffen gefördert

Fr., 28. Juli

Critical Mass. „Wir sind der Verkehr“, gemeinsame Fahrradtour durch Köln, Start: 18 Uhr, Rudolfplatz, Infos: criticalmass.in.

So., 30. Juli

Das jüdische Köln - Sichtbares und Verborgenes
VA: NS-DOK, Teilnahme 6,- Anm. bis 25.7.: museenkoeln.de, 15 Uhr, Treffpunkt: vor dem El-De-Haus



So., 6. August

STREIK bei Ford Köln
Vor fünfzig Jahren, im Jahr 1973, fand der legendäre Ford-Streik statt. Rund zwei Drittel der damaligen Beschäftigten waren türkische Arbeiter. Sie waren ausschließlich in den unteren Lohngruppen beschäftigt und im Betriebsrat praktisch nicht vertreten. Sie gingen in den sogenannten wilden Streik, der nach 4 Tagen mit Polizeieinsätzen und Kündigungen endete. Kurz danach verfügte die Regierung einen allgemeinen Anwerbestopp. Peter Bach und Mitat Özdemir berichten als Zeitzeugen von den Ereignissen in Köln. Claudia Sledz singt. Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der VHS Mülheim. 11 Uhr, et Kapelche, Holsteinstraße 1, 51065 Köln, Eintritt 8 €, ermäßigt 6 €

Mi., 16. August

Filmvorführung „Diese Arbeitsniederlegung war nicht geplant“ mit anschließender Diskussion über den Fordstreik/ Kino Rex
Weitere Infos: <https://streikkultur.org/termine/>

Do., 24. August

Ausstellungseröffnung & Diskussionsveranstaltung „Arbeits- und Anerkennungskämpfe der Migration zwischen

Erinnerung und Aktualität“
Programmablauf:

18.00 Uhr: Empfang
18.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration“ (mit Fotos von Manfred Vollmer, Gernot Huber, Segej Lepke und vielen anderen).

Ausstellungseröffnung mit Nihat Öztürk (Nihat Öztürk kam 1973 als Gießereiarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland, ehe er, von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, ab 1978 studierte und schließlich drei Jahrzehnte lang für die IG Metall arbeitete, die meiste Zeit als Erster Bevollmächtigter und Geschäftsführer in Düsseldorf-Neuss)

19.00 Uhr:
Podiumsdiskussion:
50 Jahre Ford-Streik Köln und 50 Jahre Pierburg-Streik Neuss: Migrantische Arbeitskämpfe zwischen Erinnerung und Aktualität.
mit

Nihat Öztürk, ehem. Bevollmächtigter IG Metall Düsseldorf-Neuss
Peter Bach, Zeitzeuge Ford-Streik
Nuria Cafaro, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
Eine Veranstaltung von interKultur e.V., in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Mülheim
18.00 Uhr – 21.00 Uhr, im Bürgerhaus Mülheim (MüZe), Berliner Str. 77, 51063 Köln-Mülheim

TERMINE DER FRAKTION

Mo, 7. August, 19.30 Uhr
AK Gesundheit u. Inklusion

Mo, 10. August, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Mo, 10. August, 20.00 Uhr
AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales

Mo, 14. August, 18.30 Uhr
AK Soziales und Integration

Mi, 16. August, 16.45 Uhr
AK Umwelt

Do, 17. August, 19.00 Uhr
AK AVR / Digitales

Do, 17. August, 19.30 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 21. August, 18.00 Uhr
AK Kunst, Kultur + Medien

Mo, 21. August, 18.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion - Ausschussvorber.

Do, 24. August, 18:00 Uhr
AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Mo, 28. August, 20:00 Uhr
Sport AK

Di, 29. August, 18.00 Uhr
AK Frauen

Mo, 4. September, 19 Uhr
AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales

Mo, 4. September, 19.30
AK Gesundheit u. Inklusion

Di, 5. September, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Di, 5. September, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur + Medien

Mo, 11. September, 18.15
AK Umwelt

Mo, 11. September, 18.30
AK Soziales und Integration

Anmeldung unter:
dielinke@stadt-koeln.de

Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

Antrag der LINKEN zu Kreuzfeld angenommen

Der neue Stadtteil Kreuzfeld soll von einer eigens dazu zu gründenden städtischen GmbH entwickelt werden. Ja, sagt die Linksfraktion, aber deren Arbeit muss vom Rat bestimmt und kontrolliert werden! Ein entsprechender Antrag der Fraktion wurde in den Beschluss aufgenommen.

Seit über dreißig Jahren wird über den neuen Stadtteil im Kölner Norden diskutiert – so auch in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause.

3.500 Wohnungen, mehrere Kitas, drei Grundschulen und zwei weiterführende Schulen sollen entstehen, ebenso ein Jugendzentrum, ein Senior*innenheim und eine neue Feuerwache. Eine wichtige und dringende Entlastung für die Kölner Wohnungssituation.

An der Schnittstelle zu Blumenberg soll es losgehen. Der Baubeginn ist für 2028 vorgesehen.

Kreuzfeld muss nicht nur bezahlbaren Wohnraum bieten. Es gibt viele Erwartungen an den neuen Stadtteil. Kreuzfeld soll:

- Blumenberg ergänzen, damit die Versorgung mit Infrastruktur, also: Läden, Ärzten, Kitas und Schulen für beide Stadtteile besser wird. Denn die ist bisher in Blumenberg schlecht.
- Die Wohnungen sollen von einem Unternehmen gebaut werden, das die Wohnungen dauerhaft preiswert vermietet.
- Grund und Boden sollen städtisch bleiben, 80 % gehören der Stadt. Es darf kein städtischer Grund verkauft werden.

- Kreuzfeld soll grün und klimafreundlich werden, gerade weil es ein Stadtteil auf der grünen Wiese wird. Klimafreundlich bedeutet auch eine dichte Bebauung, so dass möglichst wenig Grün versiegelt wird. Ein Verzicht auf Einfamilienhäuser ist so unumgänglich.
- In Kreuzfeld soll man gesund leben können.
- Kreuzfeld soll Bildungsstandort werden. Wir als LINKE müssen dafür sorgen, dass Kreuzfeld ein Ort des inklusiven Lernens jenseits des dreigliedrigen Schulsystems wird.

Der Entwurf sieht fünf Quartiere, sogenannte Hoods vor. Jedes soll seinen eigenen Charakter bekommen. Sie sollen durch großzügige öffentliche Grünflächen und öffentliche Infrastruktur miteinander verbunden sein.

Der Rat hat jüngst beschlossen, eine rein städtische Dienstleistungs-GmbH zu gründen, um den Stadtteil zu entwickeln. Die Verwaltung selbst, die GAG oder die „moderne Stadt“ sehen sich dazu nicht in der Lage. Es wird mit Sicherheit nicht einfach, für eine neue Firma ausreichend und gutes Personal zu finden, die diese anspruchsvolle Arbeit tut.

Aber die neue Gesellschaft muss vom Rat kontrolliert werden, damit dessen Vorstellungen auch umgesetzt werden. Deswegen hat DIE LINKE erfolgreich beantragt, dass die Verwaltung schnell darlegen soll, wie die Politik in der neuen Gesellschaft eingebunden wird.

Michael Weisenstein

